



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Investitionsplan: Juncker plant 315 Mrd. Euro zur An-kurbelung der Wirtschaft

Am 26.11.14 legte Jean-Claude Juncker dem EU-Parlament den angekündigten Investitionsplan für die nächsten drei Jahre vor. Der Plan besteht aus drei Bestandteilen:

- **Einrichtung eines neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI)** im Juni 2015. Dieser soll mit 21 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt und der Europäischen Investitionsbank (EIB) ausgestattet werden, um als Garantieeinlage zu dienen. Innerhalb von drei Jahren sollen damit Investitionen von insgesamt mindestens 315 Mrd. Euro aus privater und öffentlicher Hand in den MS mobilisiert werden.
- **Schaffung einer sogenannten „Projekt-Pipeline“** in Verbindung mit technischer Unterstützung, damit die Investitionen gezielt in die richtige Richtung fließen.
 - Projekte der Mitgliedstaaten sollen nach folgenden Schlüsselkriterien ausgewählt werden:
 - Projekte mit europäischem Mehrwert zur Unterstützung der Ziele der EU
 - Wirtschaftlichkeit und ökonomischer Wert- Vorrang genießen Projekte mit hoher sozioökonomischer Rendite
 - Möglichkeit des Projektstart innerhalb der nächsten drei Jahre, d.h. realistische Erwartungen hinsichtlich der Investitionsaufwendungen im Zeitraum 2015-2017
- **Aufstellung eines Zeitplans**, um Europa für Investitionen attraktiver zu machen und um Steuerungsengpässe zu beseitigen. Dazu soll hemmende Bürokratie abgebaut werden.

Gemäß Junckers Vorstellungen soll das Geld vor allem in langfristige Investitionen fließen. Dies wären große Infrastrukturprojekte, wie zum Beispiel der Breitbandausbau oder der Ausbau von Energie- und Transportnetzen. Der Präsident der EIB erklärte dazu: „In Europa ist ausreichend Liquidität vorhanden, aber es mangelt an Investitionen. Wir erleben derzeit im Bereich der Investitionen eine Vertrauenskrise“. Der Vizepräsident der EU-Kommission Jyrki Katainen sagte: „Wir brauchen neue Investitionen in Europa, und hierzu müssen zusätzliche private Mittel mobilisiert werden. Der neue Europäische Fonds für strategische Investitionen wird dabei als Multiplikator dienen. Jeder im Rahmen des Fonds aus öffentlichen Mitteln mobilisierte Euro wird Investitionen von etwa 15 Euro generieren, die andernfalls nicht getätigt würden.“

Der vorgestellte Plan fand Zustimmung, aber auch Skepsis unter den EU-Abgeordneten. Manfred Weber (EVP) lobte die Pläne und betonte: „Privates Kapital zu mobilisieren ist besser, als neue Schulden zu machen.“ Er betonte jedoch, dass

Strukturreformen in den Mitgliedstaaten wichtig wären: „Wenn Gerichtsverfahren in Italien so lange dauern...braucht man sich nicht zu wundern, wenn nicht investiert wird. Wenn die Arbeitsmärkte zu starr sind, wie in Frankreich, braucht man sich nicht zu wundern, wenn nicht investiert wird. Und wenn Planungsverfahren Monate und Jahre dauern, wie in meinem Land, in Deutschland, braucht man sich nicht zu wundern, wenn nicht investiert wird.“ Gianni Pittella (S&D), sagte: „Wir hätten gerne mehr öffentliche Mittel, mehr Investitionen, zur Verfügung, aber dies ist eine gute Grundlage“. ALDE-Chef Guy Verhofstadt hob hervor, dass die Investitionen unterstützt werden müssten durch Strukturreformen in den Mitgliedstaaten. „Vielleicht sollten Arbeitsmarktreformen eine Bedingung sein, um die Mittel aus dem Fonds zu erhalten.“ Er unterstrich die Notwendigkeit, den Binnenmarkt in den Bereichen Digitales, Energie und Finanzen zu vollenden.

Harsche Kritik kam aus den Reihen der Linken. Fabio de Masi (GUE/NGL) nannte den Vorschlag „Provokation und Juncker-Voodoo“. Er fügte hinzu: „Es soll kein Cent frisches Geld fließen, aber die Steuerzahler bzw. Förderbanken sollen für private Investoren haften.“ Weiter führte er aus: „In einem Umfeld der Kürzungen von Staatsausgaben, Löhnen und Renten werden Unternehmen selbst bei ultraniedrigen Zinsen nicht investieren. Ohne hinreichende Kaufkraft der privaten Haushalte fehlt schlicht die Nachfrage...Die Linke fordert ein echtes, koordiniertes Zukunfts- und Investitionsprogramm, sowie einen Stopp der Kürzungsdiktate. Öffentliche Investitionen sind durch direkte Kredite der Europäischen Zentralbank, eine EU-weite Vermögensabgabe für Millionäre, sowie die Austrocknung von Steueroasen zu finanzieren.“

Philippe Lambert (Grüne/EFA) kommentierte, das Investitionspaket sei „gut gemeint“. Notwendig sei die Bekämpfung von Betrug und Steuerhinterziehung als integralen Bestandteil des Plans zu sehen. Wichtig sei auch der Wechsel zu erneuerbaren und nachhaltigen Energiequellen in der EU, statt „täglich eine Milliarde Euro an Putin und sein Energiesystem zu zahlen.“ Reinhard Bütikofer von den Grünen fügte hinzu, dass ökologische Investitionen bislang noch einen blinden Fleck in dem Programm darstellten. Die Grünen wollen prüfen, ob der Fonds „privaten Investoren leistungslose, faktisch risikolose Gewinne zuschanzten“.

Nicht weitgreifend genug ist das Investitionspaket dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann: „Richtig ist, privates Kapital für langfristige Investitionen in die Realwirtschaft zu mobilisieren- insbesondere da, wo die Kreditklemme den Unternehmen erschwert, ihre Investitionsvorhaben zu finanzieren. Allein das Wachstumspotential heben zu wollen nutzt jedoch wenig, es muss auch realisiert werden. Dafür muss auch die Wirtschaftspolitik grundlegend anders ausgerichtet werden. Die EU-Mitgliedstaaten sind aufgefordert, endlich von ihrer restriktiven Sparpolitik abzulassen. Sie führt in die Sackgasse, ansonsten droht eine langanhaltende Stagnation der Eurozone.“

EU-Parlament und Europäischer Rat müssen der Investitionsoffensive zunächst zustimmen, damit entsprechende Rechtsvorschriften erarbeitet werden. Bis Mitte 2015 könnte der neue Europäische Fonds für strategische Investitionen frühestens eingerichtet sein.

Quelle EU-Kommission: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-2128_de.htm